

DIW Berlin / SOEP (Ed.)

Research Report

SOEP 1993 - Pretestbericht zum Befragungsjahr 1993 (Welle 10) des Sozio-oekonomischen Panels (Testerhebungen)

SOEP Survey Papers, No. 22

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: DIW Berlin / SOEP (Ed.) (2011) : SOEP 1993 - Pretestbericht zum Befragungsjahr 1993 (Welle 10) des Sozio-oekonomischen Panels (Testerhebungen), SOEP Survey Papers, No. 22, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/80414>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SOEP Survey Papers

Series B - Survey Reports (Methodenberichte)

SOEP 1993 – Pretestbericht zum Befragungsjahr 1993 (Welle 10) des Sozio-oekonomischen Panels (Testerhebungen)

Running since 1984, the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) is a wide-ranging representative longitudinal study of private households, located at the German Institute for Economic Research, DIW Berlin.

The aim of the SOEP Survey Papers Series is to thoroughly document the survey's data collection and data processing.

The SOEP Survey Papers is comprised of the following series:

Series A – Survey Instruments (Erhebungsinstrumente)

Series B – Survey Reports (Methodenberichte)

Series C – Data Documentation (Datendokumentationen)

Series D – Variable Descriptions and Coding

Series E – SOEPmonitors

Series F – SOEP Newsletters

Series G – General Issues and Teaching Materials

The SOEP Survey Papers are available at
<http://www.diw.de/soepsurveypapers>

Editors:

Prof. Dr. Gert G. Wagner, DIW Berlin and Technische Universität Berlin

PD Dr. Joachim R. Frick, DIW Berlin

Prof. Dr. Jürgen Schupp, DIW Berlin and Freie Universität Berlin

Please cite this paper as follows:

Infratest Sozialforschung. 2011. SOEP 1993 – Pretestbericht zum Befragungsjahr 1993 (Welle 10) des Sozio-oekonomischen Panels (Testerhebungen). SOEP Survey Papers 22: Series B. Berlin: DIW/SOEP

ISSN: 2193-5580 (online)

Contact: DIW Berlin
SOEP
Mohrenstr. 58
10117 Berlin

Email: soepapers@diw.de

INFRATEST SOZIALFORSCHUNG

**SOEP 1993 –
PRETESTBERICHT ZUM BEFRAGUNGSJAHR 1993
(WELLE 10) DES SOZIO-OEKONOMISCHEN
PANELS (TESTERHEBUNGEN)**

München, 1993

Reprint 2011

	Inhalt	Seite
1.	Ziel der Testerhebungen	3
2.	Testerhebung (1): Zuwanderer	5
3.	Testerhebung (2): Verbleibinformationen für Ausfälle	17
	Anhang	25

1. Ziel der Testerhebungen

Die Methodik eines Haushaltspanels, wie sie im SOEP realisiert ist, soll eine kontinuierliche Repräsentation der Bevölkerung ermöglichen. Damit wird der Anspruch einer fort dauernden Querschnitts-Repräsentativität erhoben, d.h. daß etwa die Befragten im Jahr 1993 als repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1993 gelten - obwohl die Stichprobe nicht aus der Grundgesamtheit der Bevölkerung im Jahr 1993 gezogen wurde, sondern eine Fortentwicklung der Ausgangsstichprobe ist, die 1984 in den alten Bundesländern und 1990 in den neuen Bundesländern gezogen wurde.

Demographische Bewegungen (Geburten, Sterbefälle, Alterungsprozeß usw.), die in der Grundgesamtheit stattgefunden haben, finden ihre Entsprechung in der Entwicklung der Stichprobe. Ausfälle aufgrund nicht vollständiger Teilnahme der Stichprobenhaushalte (non-response) sind nicht zu vermeiden, können in ihren Struktureffekten jedoch über geeignete Gewichtungsverfahren kontrolliert werden.

Inwieweit dieser prinzipielle Anspruch einer kontinuierlichen Repräsentation der Bevölkerung durch die Panelstichprobe tatsächlich erreicht wird, hängt von der Praxis und Qualität der Stichprobenrealisierung ab und ist empirisch zu überprüfen.

Allerdings werden Bevölkerungsentwicklungen auch im Grundsatz - d.h. vom methodischen Instrumentarium her - im SOEP bisher nicht ganz vollständig abgebildet. Die Einschränkungen betreffen zwei Punkte:

(1) Auf der "Zugangsseite" der Bevölkerungsentwicklung:

Zugänge aus dem Ausland werden durch das Haushaltspanel-Design nur teilweise erfaßt.

(2) Auf der "Abgangsseite" der Bevölkerungsentwicklung:

Bei Ausfällen aufgrund von Verweigerungen oder Nichtauffindbarkeit können eventuelle Auswirkungen auf die Struktur der Stichprobe zwar durch die Längsschnittgewichtung ausgeglichen werden. Für eine Modellierung demographischer Prozesse stellt die fehlende Information zur "Sterbewahrscheinlichkeit" der ausgefallenen Personen und Haushalte jedoch einen Unsicherheitsfaktor dar.

Lösungen dieser zwei Probleme sind prinzipiell denkbar:

- (1) Die dynamische Fortentwicklung der Ausgangsstichprobe muß durch einen Mechanismus ergänzt werden, der auch Zuwanderern aus dem Ausland eine Chance gibt, in der Stichprobe repräsentiert zu werden.
- (2) Für die Stichprobenausfälle müssen Verbleibinformationen beschafft werden, die ihre spezifische "Sterbewahrscheinlichkeit" abschätzbar machen. Dazu gehören Informationen über Tod oder Wegzug ins Ausland. Die Betrachtung könnte erweitert werden auf "Mobilitätswahrscheinlichkeit", d.h. Adressenveränderungen generell.

Lösungen zu beiden Punkten müssen nicht nur theoretisch beschreibbar, sondern auch praktisch umsetzbar sein, und zwar bei vertretbarem Verhältnis von Aufwand und Ertrag.

Infratest wurde daher beauftragt, ergänzend zum Standardprogramm der SOEP-Erhebungen im Jahr 1992 Testerhebungen zu den genannten zwei Punkten durchzuführen. Ziel ist, die für 1993 vorgesehenen Entscheidungen über künftige methodische Erweiterungen des SOEP auf empirischer Grundlage diskutieren zu können.

2. Testerhebung (1) "Zuwanderer"

Die Testerhebung soll klären, mit welchem Auswahlverfahren eine Zuwanderer-stichprobe am besten zu erstellen ist. Dabei geht es

- sowohl um die nachträgliche Integration der Zuwanderer aus dem 10-Jahres-Zeitraum von 1984 bis 1994 in die Stichprobe
- als auch um die Einbeziehung künftiger Zuwanderer durch ein vorweg festgelegtes Verfahren.

Aus methodischen Gründen sollen vorrangig solche Verfahren ins Auge gefaßt und geprüft werden, die eine Zufallsauswahl von Zuwandererhaushalten aus einer definierten Grundgesamtheit darstellen.

Grundgesamtheit

Entsprechend der Stichprobenkonzeption des SOEP sollen Zuwanderer nur dann repräsentiert werden, wenn und sobald sie in den Bereich der Privathaushalte der Bundesrepublik Deutschland eintreten.

Dies ist eine grundlegend andere Definition als in verfügbaren Statistiken, die Zuwanderer mit dem Zeitpunkt des Grenzübertritts in das Bundesgebiet zählen. Daher gibt es praktisch auch keine statistische Information über Größe und Struktur der Grundgesamtheit, die es hier abzubilden gilt.[1]

Darüber hinaus ist zu beachten, daß ein Teil der Zuwanderer seit 1984 durch die Mechanismen der Stichprobenentwicklung im SOEP sehr wohl abgebildet wird - nämlich der Teil, der über den Zuzug in bestehende Privathaushalte erfolgt, also z.B. der "Familiennachzug" in Gastarbeiterhaushalte. Die DIW-Panelgruppe schätzt, daß die Zuwanderung aus den fünf Herkunftsländern, die in der SOEP-Stichprobe B vertreten sind, zu etwa zwei Dritteln durch den Zuzug in die Befragungshaushalte repräsentiert ist.

Insgesamt schätzt das DIW den Anteil der in Westdeutschland (1990) lebenden Personen, die erst nach 1984 zugewandert sind, auf etwa 5%. Den größten Teil davon bilden deutschstämmige Aussiedler aus den osteuropäischen Ländern und die Übersiedler aus der ehemaligen DDR.

[1] Zu beachten ist außerdem, daß die Wanderungsstatistiken als Zuzugs- und Wegzugsstatistiken aufgebaut sind, nicht als Bestandsstatistiken von Zuwanderern. Für einen guten Überblick siehe Erika Schulz: Die Wanderungen ins Bundesgebiet seit 1984. DIW-Diskussionspapier Nr. 28, Juni 1991.

Mögliche Auswahlverfahren

Es gibt kein Adressenverzeichnis der obengenannten Grundgesamtheit (wie immer man sie im einzelnen abgrenzt), aus der die gewünschte Stichprobe gezogen werden kann. In den Personenregistern der Einwohnermeldeämter sind nur das Merkmal "Staatsangehörigkeit" und "letzter Wohnort vor Zuzug in diese Stadt bzw. Gemeinde" gespeichert. Damit lassen sich Gruppenabgrenzungen wie "Aussiedler", "Übersiedler" oder "Zuwanderer nach 1984" nicht bilden.

Die einzige Möglichkeit im Rahmen herkömmlicher Random-Verfahren besteht darin, eine allgemeine Bevölkerungsstichprobe zu erstellen und darin die Zuwandererhaushalte durch entsprechende "Screening-Fragen" zu identifizieren.

Bei einem angenommenen Anteil von 5% aller Haushalte, in denen zugewanderte Personen leben, braucht man eine Bevölkerungsstichprobe von 10.000 Fällen, um 500 Zuwanderer zu finden. Angesichts dieser Stichprobengröße scheidet eine eigenständige Erhebung aus Kostengründen aus.

Als praktikables Verfahren bleibt allein die Einschaltung geeigneter Suchfragen in allgemeine, für andere Zwecke durchgeführte Bevölkerungsumfragen. In erster Linie kommen hier die laufend durchgeführten Mehrthemenbefragungen in Betracht, die Infratest ebenso wie andere Institute als kostengünstiges Erhebungsinstrument anbietet.

Diese Befragungen beziehen sich durchweg auf eine etwas eingeschränkte Grundgesamtheit, nämlich "in Privathaushalten lebende Personen deutscher Staatsangehörigkeit" oder alternativ "deutschsprachende Personen ...".

Für den hier angestrebten Zweck kann diese Einschränkung als vertretbar gelten. Große Gruppen unter den Zuwanderern seit 1984 sind deutsche Staatsangehörige (Aussiedler, Übersiedler). Der "Familiennachzug" in die Gastarbeiterhaushalte ist über die Stichprobe B zumindest teilweise abgedeckt. Und die Zahl der Asylbewerber, die mittlerweile in Privathaushalten leben, dürfte gering sein.

In bezug auf die Gruppe der Asylbewerber ist ohnehin eine praktische Restriktion zu beachten, nämlich die Sprachbarriere. In der Ausländerstichprobe des SOEP wird mit zweisprachigen Fragebogen gearbeitet, um Sprachprobleme zu überwinden. Das ist bei fünf feststehenden Nationalitäten machbar, nicht jedoch bei einer unbestimmten Zahl von Herkunftsländern mit so breitem Spektrum, wie es bei den Asylbewerbern gegeben ist.

Selbst wenn man also Zuwanderer nicht-deutscher Staatsangehörigkeit einbeziehen will, kommt man praktisch nicht um das Selektionskriterium "deutschsprachend" herum.

Anlage der Testerhebungen

Es wurde ein kurzes Fragenprogramm zur Identifizierung von Zuwanderern entwickelt - beigelegt als Anhang 1 -, das in Befragungen repräsentativer Bevölkerungsstichproben eingeschaltet werden kann. Die Befragungen wurden auf die alten Bundesländer begrenzt, da der Anteil von Zuwanderern im Sinne der hier zugrunde gelegten Abgrenzung in den neuen Ländern vernachlässigenswert gering sein dürfte.

Um den Effekt unterschiedlicher Auswahl- und Zugangsverfahren zu testen, wurden parallel zwei verschiedene Instrumente genutzt:

- der "Infratest Bus",
das ist eine mündlich-persönliche Befragung von 2.000 Personen pro Monat; die Auswahl erfolgt über Random-Route auf der Basis des ADM-Stichprobensystems.
- das System "InfraScope",
das ist eine telefonische Befragung (CATI) von 1.000 Personen pro Woche; die Auswahl erfolgt als mehrfach geschichtete, ungeklumpte Zufallsauswahl aus den Verzeichnissen der Telefonanschlüsse.

Die Grundgesamtheit im Infratest Bus ist definiert als "Personen deutscher Staatsangehörigkeit ...", diejenige im InfraScope-System als "deutschsprachende Personen ...". Wie dies in der praktischen Interviewsituation gehandhabt wird, ist eine zweite Frage - eine gewisse Unschärfe der Abgrenzungen ist auf jeden Fall zu erwarten.

Das Fragenprogramm "Zuwanderer" wurde in beiden Befragungssystemen in einer Nettostichprobe von je 4.000 Personen gestellt, insgesamt also an 8.000 Personen. Die Befragungen wurden im Juni und im August 1992 durchgeführt.

Wichtiger Teil der Testerhebung mußte es sein, auch die Bereitschaft der identifizierten Zuwanderer zu testen, ihr Einverständnis zur Speicherung von Namen und Adresse und damit zu einer späteren erneuten Kontaktaufnahme für ein ausführlicheres Interview im Rahmen der Befragung "Leben in Deutschland" zu geben. In der mündlich-persönlichen Befragung konnte dazu ein erläuterndes Informationsblatt (zusätzlich zu dem ohnehin überreichten Informationsblatt zum Datenschutz) übergeben werden.

Ergänzend wurden die Befragten in Zuwandererhaushalten gefragt, ob es in ihrem Bekanntenkreis weitere Personen gäbe, die erst in den letzten zehn Jahren in die Bundesrepublik gekommen seien und, falls ja, ob sie deren Namen und Adresse angeben könnten. Damit sollte geprüft werden, ob ein "Schneeballverfahren" als ergänzende Methode der Adressengewinnung erfolgversprechend wäre.

Ergebnisse der Testerhebungen

Die wesentlichen Ergebnisse der Testerhebungen sind in den folgenden Tabellen 1-3 zusammengestellt.

Der Anteil der Privathaushalte, in denen Zuwanderer leben, beträgt etwa 4% - in der einen Erhebung etwas weniger (Infratest Bus: 3,6%), in der anderen etwas mehr (InfraScope: 4,7%).

Dieses Ergebnis stimmt gut mit der DIW-Schätzung von 5% überein. Die Erhebungswerte müssen plausiblerweise etwas niedriger liegen, weil die Befragung innerhalb der deutschen bzw. deutschsprechenden Bevölkerung stattfindet.

Die weichere Abgrenzung "deutschsprachige Personen" ist möglicherweise eine Erklärung dafür, daß der InfraScope-Wert etwas höher liegt. Eine zweite Erklärung dürfte in dem strikteren Verfahren des computergesteuerten Telefoninterviews liegen. Die Screening-Fragen waren hier unmittelbar Teil des Interviewablaufs, während sie im Bus als Zusatzfragen an das eigentliche Interview angehängt waren.

Nach beiden Erhebungen leben in den identifizierten Haushalten im Durchschnitt 1,8 Personen, die innerhalb der letzten zehn Jahre in die Bundesrepublik zugewandert sind (ohne Kinder). Die hochgerechnete Zahl der Zuwanderer, die im Rahmen dieser allgemeinen Bevölkerungsumfragen ermittelt wurde, beträgt damit etwa 1,8 Mio. (Bus) bzw. 2,4 Mio. (InfraScope).

In bezug auf die Struktur der Zuwanderer zeigen beide Erhebungen den deutlichen Anstieg der Zuwanderung in den Jahren 1988/89 (Tabelle 2). In beiden Erhebungen stellen Übersiedler aus der DDR und Aussiedler aus Osteuropa zusammen etwa 75% der erfaßten Zuwanderung. Etwa 20% haben heute (lt. InfraScope) eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit.

Nur der kleinere Teil der Zugewanderten hat zunächst in einem Aufnahmelager oder Wohnheim gelebt. Jeder zweite (lt. Infratest Bus) oder sogar zwei von dreien (lt. InfraScope) geben an, sie seien "nach dem Zuzug in die Bundesrepublik gleich in einen privaten Haushalt gezogen". Dies bedeutet, daß sie auch eine statistische Chance gehabt haben, in der SOEP-Stichprobe repräsentiert zu werden. Allerdings hängt dies von Einzelheiten ab, die hier nicht im Detail aufgeklärt werden konnten: ob sie in einen bestehenden Privathaushalt zugezogen sind oder gleich eine eigene Wohnung bezogen haben; falls sie in einen bestehenden Haushalt gezogen sind: ob sie dort länger gewohnt haben oder nach kurzer Zeit in einen eigenen Haushalt gewechselt sind usw.

Nur ein Teil der in der Befragung als Zuwanderer identifizierten Personen erklärte sich zur eventuellen Teilnahme an einer späteren ausführlichen Befragung und zur Speicherung der Adresse für diesen Zweck bereit: etwa drei von vier Personen in

der mündlich-persönlichen Befragung, etwas weniger als jeder zweite in der telefonischen Befragung.

Durch die Nutzung des Schneeballverfahrens kann die Zahl der ermittelten Adressen etwas erhöht werden. Die mündlich-persönliche Befragung führt auch hier zu einer größeren Adressenzahl als die telefonische Befragung.

Um in einer späteren Zuwandererbefragung eine Fallzahl von netto 300 Haushalten realisieren zu können, braucht man mindestens die zweifache Menge an Adressen von entsprechenden Zielpersonen, also 600 Adressen. Um dieses Adressenpotential zu bekommen, benötigt man im Infratest Bus (ohne Schneeballverfahren) eine Ausgangsstichprobe von 22.000 Befragten. Bei zusätzlicher Nutzung des Schneeballverfahrens verringert sich der notwendige Umfang der Bevölkerungsstichprobe auf 15.000. Beim Weg über das in dieser Hinsicht weniger effektive InfraScope-System liegen die Zahlen noch höher.

Tabelle 1
Zahl der Zuwanderer
in zwei unabhängigen repräsentativen Bevölkerungstichproben, 1992

	Infratest Bus		InfraScope	
	abs.	%	abs.	%
Befragte Personen/Haushalte insgesamt*) darunter:	3.951	100	4.005	100
Haushalte, in denen Zuwanderer leben**)	141	3,6	189	4,7
Durchschnittliche Zahl der Personen in diesen Haushalten, die Zuwanderer sind (ohne Kinder)	1,8		1,8	
Hochrechnung auf die Gesamtheit der Privathaushalte in der Bundesrepublik West (28 Mio.):				
Zuwanderer				
- Haushalte	1,0 Mio.		1,3 Mio.	
- Personen	1,8 Mio.		2,4 Mio.	

*) Grundgesamtheit: Personen ab 14 Jahren in Privathaushalten der Bundesrepublik Deutschland/alte Bundesländer (ohne Ausländer bzw. nicht deutschsprachige Personen).
Die ausgewiesenen Ergebnisse sind ungewichtet, d.h. auf die Zahl der Haushalte zu beziehen.

**) Definition "Zuwanderer":
"Personen, die vor 10 Jahren - also im Jahr 1982 - noch nicht in der Bundesrepublik gelebt haben, sondern im Ausland oder in der ehemaligen DDR."

Tabelle 2:
 Strukturdaten der Zuwanderer
 in zwei unabhängigen repräsentativen Bevölkerungstichproben, 1992

	Infratest Bus	InfraScope
Basis	133	170
	%	%
<i>Zuwanderungsjahr</i>		
1982-83	7	8
1984-85	8	10
1986-87	8	10
1988-89	32	38
1990-92	31	29
Keine Angabe	<u>14</u>	<u>5</u>
	100	100
<i>Herkunftsland</i>		
DDR	35	45
Osteurop. Länder	41	31
EG	7	7
Andere westliche Länder	2	6
Übrige Welt	5	8
Keine Angabe	<u>10</u>	<u>3</u>
	100	100
5 Nationen*)	2	2
<i>Zuzugsweg</i>		
Gleich in privaten Haushalt	50	66
Erst in Aufnahmelager/Wohnheim	42	30
Keine Angabe	<u>8</u>	<u>4</u>
	100	100
<i>Heutige Staatsbürgerschaft</i>		
Deutsch	**)	74
Andere		20
Keine Angabe		<u>6</u>
		100

*) SOEP-Stichprobe B: Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Italien, Spanien

**): Nicht erfragt.

Tabelle 3:
Adressengewinnung für eine spätere Zuwandererbefragung

	Infratest Bus	InfraScope
Befragte Personen/Haushalte gesamt	3.951	4.005
darunter:		
Haushalte, in denen Zuwanderer leben	141	189
davon:		
Einverständnis zur Adressenspeicherung zwecks späterer Befragung	111	84
"Schneeballverfahren": Nennung weiterer Adressen von Zuwanderern im Bekanntenkreis der Befragten	54	16
Summe:		
Ermittelte Zuwanderer-Adressen	165	100
Benötigte Zahl der Adressen für eine Nettofallzahl von 300 Haushalten in der späteren Zuwandererbefragung	600	600
Benötigte Ausgangsgröße der Bevölkerungsstichprobe zur Gewinnung der notwendigen Zahl von Zuwandererhaushalten		
ohne Schneeballverfahren	22.000	29.000
mit Schneeballverfahren	15.000	24.000

Bewertung der Testergebnisse

Die Testerhebungen haben in bezug auf das Volumen und die Struktur der erfaßten Zuwanderung im Zeitraum der letzten zehn Jahre zu plausiblen Ergebnissen geführt. Die Unterschiede in den Ergebnissen der zwei Befragungssysteme weisen allerdings darauf hin, daß mögliche Methodeneffekte in diesem statistisch schwierigen Themenbereich in Rechnung zu stellen sind.

Die Testerhebungen haben weiterhin gezeigt, daß es im Prinzip möglich ist, auf dem Weg über Random-Stichproben der Bevölkerung eine Adressenstichprobe von Zuwandererhaushalten zu erstellen. Allerdings: Der Aufwand ist enorm.

Selbst wenn man die in der Testerhebung generierten Adressen mit nutzen würde (die dann allerdings schon etwas veraltet sind) und das Random-Auswahlverfahren der Busbefragung mit einem Schneeballverfahren kombiniert, müßten noch einmal ca. 12.000 Personen befragt werden, um die nötige Adressenzahl für eine Zuwandererstichprobe von netto 300 Haushalten zu bekommen. Der Zeitaufwand dafür beträgt etwa sechs Monate, der Kostenaufwand (nur für die Stichprobenerstellung!) etwa 150.000 DM.

Die eigentliche Befragung der Zuwandererhaushalte müßte unter sehr schwierigen Feldbedingungen realisiert werden. Der Grund ist, daß die Adressen weitgehend ungeklumpt über das ganze Bundesgebiet streuen - und in der Regel nicht etwa in der Nähe der übrigen Befragungshaushalte für das SOEP liegen werden.

Angesichts des Aufwands, der für die Stichprobenerstellung betrieben werden muß, ist der Weg über Random-Bevölkerungsstichproben vollends ungeeignet, um zu einer regelmäßigen, quasi automatischen Ergänzung der SOEP-Stichprobe um neue Zuwanderer-Kohorten zu kommen.

Alternative Möglichkeiten bieten sich dann, wenn man bereit ist, die Verknüpfung von Random-Stichproben und Schneeballverfahren grundsätzlich als methodisch akzeptablen Weg anzusehen.[1]

Die SOEP-Stichprobe ist selbst eine hochwertige Random-Stichprobe der Bevölkerung. Das Schneeballverfahren könnte an dieser Stichprobe festgemacht werden. Konkret: Die bisher schon befragten Teilnehmerhaushalte im SOEP könnten gefragt werden, ob es in ihrem Umfeld von Bekannten, Nachbarn usw. Zuwanderer gibt. Der folgende Vorschlag geht von dieser Überlegung aus.

[1] Zur Methodik siehe Siegfried Gabler: Schneeballverfahren und verwandte Stichproben-Designs. In: ZUMA-Nachrichten 31, 1992, S. 47-69.

Vorschlag für eine SOEP-Ergänzung durch "Zuwanderer"

Ziel einer Ergänzung der SOEP-Stichprobe durch Zuwanderer ist nicht die eigenständige Untersuchung der Integration von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft. Hauptzweck ist es, den Anspruch einer kontinuierlichen Repräsentation der Bevölkerung durch das SOEP glaubwürdig zu erhalten - Querschnittsrepräsentativität also dort wiederherzustellen, wo sie aufgrund der Bevölkerungsentwicklung nicht mehr besteht.

Angesichts dieser begrenzten Zielsetzung sollte ein Untersuchungsdesign gewählt werden, das einen übermäßigen Aufwand vermeidet.

Die Fallzahl einer ergänzenden Zuwandererstichprobe sollte allerdings hinreichend groß sein, um zumindest für die Gruppe der Zuwanderer insgesamt gewisse inhaltliche Vergleiche mit der übrigen Bevölkerung vornehmen zu können.

Umfang der Nettostichprobe

Für die genannten Zwecke erscheint eine Nettofallzahl von 300 Zuwandererhaushalten im ersten Befragungsjahr ausreichend. Die Zuwanderer wären damit in der Gesamtstichprobe geringfügig überrepräsentiert. (Bei 4.600 Befragungshaushalten im Westen und einem geschätzten Anteil von Zuwandererhaushalten an allen Privathaushalten in Höhe von 5-6% wäre eine proportionale Repräsentation mit ca. 230 Zuwandererhaushalten gegeben. Zu berücksichtigen ist, daß in der zweiten Befragungswelle mit einer erhöhten Ausfallrate zu rechnen ist.)

Grundgesamtheit

Zuwanderer der Jahre 1984 bis 1993, die zum Befragungszeitpunkt in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer) leben.

Schätzung der Gesamtzahl: ca. 5-6% der bestehenden Privathaushalte.
Anteilmäßig stärkste Gruppen: Deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa, Übersiedler aus der DDR (vor Mai 1990). Personen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit werden teilweise einbezogen, mit Schwerpunkt auf gut integrierten deutschsprechenden Ausländern.

Auswahlverfahren

Schneeballverfahren.

Adressenerhebung in den bisherigen Teilnehmerhaushalten des SOEP West.
Das Erhebungsformular ist als Anhang 2 beigelegt.

Infratest hat - über die vereinbarten Leistungen der Testerhebung hinausgehend - die Adressenerhebung für Zuwandererhaushalte bereits in die laufende Befragung des SOEP 93 einbezogen (nur Stichprobe A: Deutsche Haushalte West). Eine erste Einschätzung der Ergebnisse wird im Mai 1993 möglich sein, also noch rechtzeitig vor einer endgültigen Entscheidung über Leistungen und Finanzrahmen 1994. Erste Tests sprechen dafür, daß das Ergebnis zufriedenstellend ausfallen wird.

Einen erfolgreichen Verlauf vorausgesetzt, wäre die Erstellung der Zuwandererstichprobe damit bereits erledigt, so daß die Befragung 1994 stattfinden könnte. Endgültige Entscheidungen zur Abgrenzung der Untersuchungsgruppe "Zuwanderer" können auf Grundlage der Strukturmerkmale, die zusammen mit den Adressen erhoben werden, getroffen werden.

Befragung

Durchführung der ersten Befragung im Rahmen der Feldarbeit von SOEP 94.

Verwendetes Instrument:

Deutschsprachiger Fragebogen (Fassung West) mit Zusatzfragebogen BIOGRAPHIE, der einige zugewandererspezifische Fragen enthält (ohne Ausweitung des Fragebogenumfangs).[2]

Einbeziehung in die Gesamtstichprobe

Gewichtungsfaktoren für die Haushalte der Zuwandererstichprobe können nicht aus dem Auswahlverfahren selbst abgeleitet werden. Hierzu müßte die Panelgruppe im DIW eine Lösung ausarbeiten.

[2] Zu prüfen wäre, ob auch Zuwanderer der fünf Nationalitäten, die bisher die Stichprobe B bilden, einbezogen werden sollen. Hier könnten natürlich die entsprechenden Sprachversionen des Fragebogens verwendet werden.

Fortführung in den Folgejahren

Die 1994 erstmals befragten Zuwanderer werden, wie alle übrigen SOEP-Haushalte, in den Folgejahren erneut befragt.

Neue Zuwandererkohorten - d.h. Zuwanderer nach 1993 - können einbezogen werden, indem die Stichprobenergänzung mit Hilfe des Schneeballverfahrens - bezogen auf die neuen Zuwandererkohorten - erneut vorgenommen wird. Dies könnte mit relativ geringem Aufwand etwa im Turnus von 3 Jahren geschehen.

3. **Testerhebung (2): Verbleibinformationen für Ausfälle**

Ziel der Testerhebung

Die Panelmortalität hat eine "echte" und eine befragungsbedingte Komponente:

- Ausfälle durch Tod oder Wegzug ins Ausland bedeuten zwar eine Verringerung der möglichen Zahl von Interviews; sie bilden jedoch Ereignisse in der Grundgesamtheit ab und sind inhaltlich wichtige Informationen.
- Ausfälle durch Verweigerung oder Nichtauffinden einer Befragungsperson dagegen sind Vorgänge, die nur in der Stichprobe stattfinden, also einen "Störfaktor" darstellen und keine inhaltliche Information.

In bezug auf die Struktur der Stichprobe können Effekte der befragungsbedingten Ausfälle festgestellt und durch Gewichtung korrigiert werden. Grundlage dafür ist die Information aus vorangegangenen Befragungswellen, die für die Ausfälle verfügbar ist.

Im Hinblick auf demographisch relevante Ereignisse - Tod, Wegzug ins Ausland, aber auch Mobilität im Inland - ist eine solche Informationsbasis nicht verfügbar. Bei Ausfällen durch Verweigerung bricht die Information vielmehr ab. Sterbe- und Mobilitätswahrscheinlichkeiten können nur in der Population der verbleibenden Panelteilnehmer ermittelt werden - in der Hoffnung, daß diese Schätzwerte auch für die Gesamtpopulation (einschl. der Ausfälle) zutreffend sind.

Die Testerhebung soll klären, inwieweit diese Annahme zulässig ist. Zu diesem Zweck werden Verbleibinformationen für Ausfälle eingeholt.

Die Untersuchungsgruppe umfaßt Ausfälle aufgrund von Verweigerungen - d.h. Befragungspersonen, die endgültig nicht mehr an der Befragung teilzunehmen bereit sind - in den Wellen 2 bis 7. Die Ausfälle entstanden also in den Jahren 1985-1990. Festgestellt werden soll der Verbleib dieser Personen im Jahr 1992.

Dabei werden folgende Verbleibkategorien unterschieden:

- (1) stabil, d.h. die Person lebt noch an derselben Adresse

- (2) mobil, d.h. die Person lebt nicht mehr an derselben Adresse, wobei unterschieden wird nach
- (a) verzogen im Inland
 - (b) verzogen ins Ausland
 - (c) ohne nähere Angabe über den neuen Wohnort
- (3) verstorben.

Formen der Adressenrecherche

All dies sind Informationen, die im Prinzip mit den üblichen, im SOEP intensiv eingesetzten Methoden der Adressenrecherche zu erhalten sind. Es ist also nicht nötig, die Befragten selbst anzusprechen und um erneute Auskünfte zu bitten. Dies wäre auch problematisch, da es sich schließlich um Personen handelt, die ihre weitere Teilnahme an der Befragung abgelehnt haben.

Die Adressenrecherche stützt sich in erster Linie auf Individualauskünfte des jeweiligen Einwohnermeldeamts. Gegen eine Bearbeitungsgebühr von durchschnittlich 5-7 DM pro Adresse (mit steigender Tendenz) kann man beim Einwohnermeldeamt der jeweiligen Gemeinde erfragen, ob eine bestimmte Person dort gemeldet ist oder war, unter welcher Adresse in dieser Gemeinde sie lebt oder an welche neue Adresse sie verzogen ist. Dabei erhält man auch Auskünfte wie "verstorben" oder "ins Ausland verzogen", teilweise auch den Zeitpunkt des Ablebens oder des Wegzugs.

Nicht in allen Fällen führt diese Auskunft zu einer eindeutigen Klärung. Die Auskunft kann z.B. lauten: "Person ist hier nicht gemeldet und war auch nicht gemeldet". Tatsächlich war die Person aber an einer bestimmten Adresse in dieser Gemeinde befragt worden. Daher wird als zweite Methode der Adressenrecherche die Postauskunft genutzt. Das örtlich zuständige Postamt teilt mit, ob eine bestimmte Person unter einer angegebenen Adresse lebt oder nicht; bei verzogenen Personen wird, soweit bekannt, die neue Adresse mitgeteilt.[3]

[3] Der Vorteil der Recherche über die Einwohnermeldeämter ist, daß sie für alle Personen, die zum Befragungszeitpunkt in einem bestimmten Haushalt gelebt haben, einzeln durchgeführt werden kann. Der örtliche Postzusteller ist dagegen nur bedingt informiert darüber, welche einzelnen Haushaltsmitglieder sich hinter einem Namensschild an der Haustür verbergen.

Untersuchungsgruppe

Die Verbleibinformationen müssen personenbezogen eingeholt werden. Gleichwohl erscheint es sinnvoll, in der Abgrenzung der Untersuchungsgruppe von den Ausfällen auf Haushaltsebene auszugehen und dann nach dem Verbleib der einzelnen Haushaltsmitglieder zu fragen.

Einbezogen werden:

- (a) Haushalte mit einem endgültigen Verweigerungscode in den Wellen 2-7 (HERGSZ = 40, 41, 46)
- (b) In diesen Haushalten: Alle Haushaltsmitglieder, die im Jahre der Recherche (1992) Befragungspersonen gewesen wären, d.h. vor 1976 geboren sind.

Auf der Haushaltsebene (a) wurde damit die folgende Zahl von Haushalten ausgewählt:

Ausfälle in

Welle 2 (1985):	409 Haushalte
Welle 3 (1986):	442 Haushalte
Welle 4 (1987):	222 Haushalte
Welle 5 (1988):	305 Haushalte
Welle 6 (1989):	259 Haushalte
Welle 7 (1990):	<u>170 Haushalte</u>
Summe	1.807 Haushalte

Da es sich um eine Testerhebung handelt, wird nur eine Stichprobe dieser Haushalte untersucht, nämlich 25% der Ausfälle pro Welle. Es werden dementsprechend nach einem Zufallsverfahren 452 Ausfall-Haushalte ausgewählt.

In diesen Haushalten lebte nach der letzten Information (d.h. im letzten Jahr, in dem der jeweilige Haushalt an der Befragung teilgenommen hat) folgende Zahl von Personen mit einem Geburtsjahr vor 1976:

Welle 2 (1985):	230 Personen
Welle 3 (1986):	278 Personen
Welle 4 (1987):	132 Personen
Welle 5 (1988):	202 Personen
Welle 6 (1989):	173 Personen
Welle 7 (1990):	<u>105 Personen</u>
Summe	1.120 Personen

Für diese 1.120 Personen soll der Verbleib im Jahr 1992 festgestellt werden.

Ergebnis der Adressenrecherche

Tabelle 4 zeigt, gegliedert nach Jahr des Ausfalls, das Ergebnis der Adressenrecherche.

Insgesamt konnte für 99,5% der interessierenden Personen eine Verbleibinformation ermittelt werden.

61% der Personen lebten 1992 noch an derselben Adresse wie im letzten Jahr ihrer Teilnahme an der Befragung ("stabil").

33% sind "mobil" in dem Sinn, daß sie jetzt an einer anderen Adresse leben. Das schließt sowohl Fälle ein, in denen der ganze Haushalt umgezogen ist, als auch solche, in denen einzelne Haushaltsmitglieder ausgezogen sind.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle konnte auch die neue Adresse ermittelt werden - oder zumindest die wichtige Information, ob die Person im Inland oder ins Ausland verzogen ist. 28% sind im Inland verzogen, 4% ohne nähere Angabe und 1,4% ins Ausland.

Die letzte Verbleibkategorie umfaßt schließlich die Personen, die zwischenzeitlich verstorben sind. Das sind 4,7%.

Eine genauere Datierung ist nur in einem Teil der Fälle möglich. Für 37 von insgesamt 53 Sterbefällen wurde das Sterbedatum mitgeteilt. Für 140 von insgesamt 372 Mobilitätsfällen wurde das Datum der (letzten) gemeldeten Adressenänderung mitgeteilt.

Erwartungsgemäß nimmt mit steigendem zeitlichen Abstand zwischen dem Ausfalljahr und dem Jahr der Recherche (1992) die Zahl der "stabilen" Fälle ab und der Umfang der erfaßten Mobilität oder Mortalität zu. Allerdings ist dies keine lineare Entwicklung. Angesichts der relativ kleinen Zahl der untersuchten Fälle spielen hier sicher auch Zufälligkeiten eine Rolle.

Tabelle 4:
Verbleibinformationen 1992 für Ausfälle in den Jahren 1985-90

Verbleib 1992	Gesamt %	Ausfälle im Jahr ...					
		1985 %	1986 %	1987 %	1988 %	1989 %	1990 %
Stabil	61,4	58,3	59,7	52,3	64,3	68,2	69,6
Mobil	33,2	30,8	36,0	44,7	33,7	29,5	21,8
davon							
- Inland	28,0	25,2	31,7	40,1	26,2	23,7	20,0
- Ausland	1,4	3,0	2,2	0,8	0,5	0,0	0,0
- o.n.A.	3,8	2,6	2,1	3,8	7,0	5,8	1,8
Verstorben	4,7	10,9	3,2	3,0	1,5	2,3	7,7
KA	<u>0,5</u>	<u>-</u>	<u>1,1</u>	<u>-</u>	<u>0,5</u>	<u>-</u>	<u>0,0</u>
Summe	100	100	100	100	100	100	100

Bewertung der Ergebnisse

Um die ermittelten Mobilitäts- und Mortalitätsraten bewerten zu können, muß man entsprechende Zahlen für eine Vergleichsgruppe errechnen.

Dies ist nicht ganz einfach, und es gibt sicherlich im Detail verschiedene Möglichkeiten des Vorgehens. Wir gehen für einen Vergleich folgendermaßen vor:

Die Vergleichsgruppen sind

- (1) alle Stichprobenmitglieder in Welle 1, die vor 1976 geboren sind (also im Jahr 1992 Befragungspersonen sind bzw. gewesen wären) o h n e diejenigen, die bis einschließlich Welle 7 endgültige Ausfälle aufgrund von Verweigerungen wurden ($n = 11.304$).
- (2) alle vor 1976 geborenen Personen in Haushalten, die bis einschließlich Welle 7 endgültige Ausfälle aufgrund von Verweigerungen wurden (25%-Stichprobe der Testerhebung, $n = 1.120$).

Die Vergleichsgruppen sind also komplementär definiert. [4] Gruppe (2) bezeichnen wir als die "Verweigerer", Gruppe (1) vereinfachend als die "Teilnehmer", obwohl hier Ausfälle aufgrund von Tod, Wegzug ins Ausland u.a. enthalten sind, aber eben keine Ausfälle aufgrund von Verweigerungen.

Wir fragen nun nach der Mobilitäts- und der Sterbewahrscheinlichkeit in diesen Vergleichspopulationen in einem Zeitraum von acht Jahren, nämlich zwischen 1984 und 1992.

Mortalität

Der Anteil der Personen, die im Untersuchungszeitraum verstorben sind, beträgt

- 4,4% in Gruppe 1 (Teilnehmer)
- 4,7% in Gruppe 2 (Verweigerer)

[4] Genaugenommen trifft das nur näherungsweise zu. Gruppe (2) kann auch Personen enthalten, die erst nach Welle 1 zur Ausgangsstichprobe hinzugekommen sind. In der Abgrenzung der Gruppe (1) bleiben diese späteren Zugänge der Einfachheit halber unberücksichtigt.

In der Verweigerergruppe ist die Sterbewahrscheinlichkeit also kaum höher als unter den Teilnehmern. Die bei den Teilnehmern ermittelte Mortalitätsrate kann damit als ein unverzerrter Schätzwert für die Gesamtpopulation gelten.

Dieses Ergebnis ist etwas überraschend. Hinweise von seiten der Interviewer deuteten etwa darauf hin, daß ältere Menschen ihre Teilnahme an der Befragung mit der Begründung beenden, "bei mir verändert sich doch nichts mehr" oder weil sie wegen Krankheit oder Gebrechlichkeit kein Interview mehr geben können oder mögen. In diesen Fällen dürfte die Verweigerung oft Teil eines biographischen Verlaufs sein, der durch eine überdurchschnittlich hohe Sterbewahrscheinlichkeit gekennzeichnet ist.

Das Ergebnis der Verbleibrecherche zeigt, daß diese Beobachtung offenbar nicht verallgemeinert werden darf. Insgesamt gesehen verbergen sich hinter den Verweigerungen keine höheren Mortalitätsraten, als sie bei den Teilnehmern beobachtet werden.

Wegzug ins Ausland

Der Anteil der Personen, die im Untersuchungszeitraum ins Ausland verzogen sind, beträgt

5,2% in Gruppe 1 (Teilnehmer)
1,4% in Gruppe 2 (Verweigerer).

Demnach verbergen sich hinter den Verweigerungen kaum Fälle des Wegzugs ins Ausland. Überwiegend handelt es sich beim Wegzug ins Ausland um eine Rückkehr ins Heimatland bei Personen der Ausländerstichprobe. Wenn aus diesem Grund die Teilnahme an der Befragung beendet wird, dann geschieht das offenbar direkt und nicht auf dem Umweg über eine "vorgeschaltete" Verweigerung.

Umzugsmobilität im Inland

Der Anteil der Personen, die im Untersuchungszeitraum im Inland verzogen sind, beträgt

35,0% in Gruppe 1 (Teilnehmer)
31,8% in Gruppe 2 (Verweigerer).[5]

[5] einschl. 3,8% Adressenänderungen "ohne nähere Angabe".

Teilnehmer und Verweigerer unterscheiden sich in ihrer Umzugsmobilität nur geringfügig, so daß der unter den Teilnehmern beobachtete Wert als weitgehend unverzerrter Schätzwert für die Gesamtheit gelten kann.

Schlußfolgerungen

Die Hypothese, daß sich hinter den befragungsbedingten Ausfällen im Verlauf der Panelerhebung überdurchschnittlich hohe Mobilitäts- und Sterbewahrscheinlichkeiten verbergen und dadurch demographische Analysen innerhalb der Panelteilnehmer verzerrt werden, wurde durch die Testerhebung nicht bestätigt.

Das Datenmaterial der Verbleibanalyse bei Ausfällen wird dem DIW auf Datenträger zur Verfügung gestellt, so daß weitere Analysen zu dieser Frage vorgenommen werden können.

Wenn die hier vorgestellten Testergebnisse und ihre Bewertungen zutreffend sind, kann auf erweiterte Erhebungen, mit denen im größeren Stil Verbleibinformationen für Ausfälle beschafft werden, verzichtet werden.

Anhang 1

**Begleitschreiben und Fragenprogramm der Testerhebung
(Infratest Bus)**

Infratest Sozialforschung GmbH
Landsberger Straße 338
8000 München 21
Telefon: 089 / 56 00 0

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)
Königin-Luise-Straße 5
1000 Berlin 33
Telefon: 030 / 82 99 12 81

Leben in Deutschland

Worum geht es?

Eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekte unserer Zeit, durchgeführt mit Ihrer Hilfe

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,

wenn wir Sie heute ansprechen und um Ihre Mitarbeit bei unserem Forschungsvorhaben LEBEN IN DEUTSCHLAND bitten, so hat das folgenden Grund: Die Untersuchung wird jährlich bei 7.500 privaten Haushalten, Personen und Familien in Deutschland durchgeführt.

Um auch den zugewanderten Deutschen bei der Eingliederung besser helfen zu können, werden mehr Informationen benötigt. Dabei geht es insbesondere um die Themen

- Soziale Sicherheit
- Wohnsituation
- Einkommensverläufe
- Beruf und Weiterbildung
- Gesundheit
- Lebenszufriedenheit

Wir bitten Sie deshalb um Ihre Mithilfe - gewähren Sie uns einmal im Jahr ein Interview. Wichtig ist, daß in Ihrem Haushalt alle Personen ab 16 Jahren mitmachen.

Selbstverständlich werden entsprechend den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes alle Ihre Angaben streng vertraulich behandelt. Namen und Anschriften werden vor der Auswertung von den Daten getrennt. Das ist der Kernpunkt des Datenschutzes bei einer solchen Untersuchung: Die Ergebnisse beschreiben die Lebensumstände der befragten Personen - aber niemand kann mehr erkennen, von welchen Personen die Angaben gemacht worden sind.

Was haben Sie davon?

Als Dankeschön erhält jeder Haushalt ein kleines Geschenk und eine Broschüre. Jede Person die teilnimmt, erhält zusätzlich ein Los der Fernsehlotterie "DER GROSSE PREIS" zugunsten der "Aktion Sorgenkind". Damit unser/e Interviewer/in in einiger Zeit einen Termin mit Ihnen vereinbaren kann, möchten wir Ihre Adresse notieren. Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns im voraus recht herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Team LEBEN IN DEUTSCHLAND


Martin Haberkorn

Nr.	K. 8	Weiter mit
0.	Zusatzerhebung für Leben in Deutschland	
1.	<p>Gibt es unter den erwachsenen Haushaltsmitgliedern in diesem Haushalt jemanden, der vor 10 Jahren - also im Jahr 1982 - noch nicht in der Bundesrepublik gelebt hat, sondern im Ausland oder in der ehemaligen DDR?</p> <p style="text-align: right;">Ja ()</p> <p style="text-align: right;">Nein ()</p>	<p style="text-align: center;">2</p> <p style="text-align: center;">Ende</p>
2.	<p>Infratest Sozialforschung führt seit 1984 eines der größten sozialwissenschaftlichen Projekte durch. Nähere Informationen können Sie diesem Schreiben entnehmen.</p> <p style="text-align: center;">Bitte Informationsblatt "Leben in Deutschland" übergeben!</p> <p>Sie sagten, in diesem Haushalt leben Personen, die aus dem Ausland oder der ehemaligen DDR zugezogen sind. Für wieviele Personen in diesem Haushalt - Kinder unter 16 Jahren nicht gerechnet - trifft das zu?</p> <p style="text-align: right;">1 Person ()</p> <p style="text-align: right;">2 Personen ()</p> <p style="text-align: right;">3 Personen ()</p> <p style="text-align: right;">4 Personen ()</p> <p style="text-align: right;">5 und mehr Personen ()</p>	<p style="text-align: center;">3B</p> <p style="text-align: center;">3A</p>
3A	<p>Die folgenden Fragen beziehen sich auf eine von diesen Personen. Bitte wählen Sie die Person aus, die als nächste Geburtstag hat. Das können gegebenenfalls auch Sie selbst sein,</p>	
3B	<p>In welchem Jahr sind Sie / ist diese Person in die Bundesrepublik Deutschland zugezogen, ich meine in den Westen, also die alten Bundesländer?</p> <p style="text-align: right;">Jahr 19 _____</p>	
4.	<p>In welchem Land haben Sie / hat diese Person vorher gelebt?</p> <p style="text-align: center;">Antwort bitte eintragen:</p> <p style="text-align: center;">_____</p>	
5.	<p>Sind Sie / ist diese Person nach dem Zuzug in die Bundesrepublik gleich in einen privaten Haushalt gezogen oder haben Sie / hat sie zunächst in einem Aufnahmelager oder einem Übergangswohnheim gelebt?</p> <p style="text-align: right;">Gleich in privaten Haushalt ()</p> <p style="text-align: right;">Erst Aufnahmelager / Wohnheim ()</p>	<p style="text-align: center;">7</p> <p style="text-align: center;">6</p>

79060563

Nr.		Weber mB
6.	<p>In welchem Jahr sind Sie / ist diese Person dann in einen privaten Haushalt gezogen?</p> <p style="text-align: center;">Jahr 19 _____</p> <p>72-73</p>	
7A	<p>Wir würden Sie gerne zu einem späteren Zeitpunkt zum Thema "Leben in Deutschland" um ein Interview bitten. Dazu benötigen wir Ihre Adresse und gegebenenfalls die Telefon-Nummer, unter der wir Sie erreichen können. Wenn Sie telefonisch nicht erreichbar sind, genügt die Adresse.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p>Bei Rückfragen weisen Sie bitte darauf hin, daß der / die Befragte das spätere Interview, wenn es zeitlich ungelegen kommt, immer noch ablehnen kann. Die jetzige Einwilligung bezieht sich nur darauf, daß wir den Namen und die Telefonnummer aufbewahren dürfen.</p> </div> <p>Befragte(r): Name: _____ Vorname: _____ Straße: _____ Nr. _____ Ort: _____ (PLZ)</p> <p style="text-align: right;">Befragte(r) hat nicht eingewilligt ()</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block; margin: 10px 0;"> <p>Telefon: _____ / _____ (Vorwahl) (Ruf-Nr.)</p> </div> <p style="text-align: right;">Telefonisch nicht erreichbar 74()</p>	
7B	<p>Kennen Sie noch weitere Personen in Ihrem Bekanntenkreis, die ebenfalls erst 1982 oder später in die Bundesrepublik (alte Länder) zugezogen sind?</p> <p style="text-align: right;">Ja () Nein 75()</p>	
7C	<p>Würden Sie mir bitte Namen und Adresse nennen?</p> <p>Name: _____ Vorname: _____ Straße: _____ Nr. _____ Ort: _____ (PLZ)</p> <p>Name: _____ Vorname: _____ Straße: _____ Nr. _____ Ort: _____ (PLZ)</p>	
8.	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p>Geschlecht und Alter der / des Befragten und Listen- und Lfd. Nr. übertragen!</p> </div> <p style="text-align: right;">Männlich () Weiblich 76()</p> <p style="text-align: right;">Alter: _____ Jahre 77-78</p> <div style="display: flex; justify-content: space-around; margin-top: 10px;"> <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 20px; margin-bottom: 5px;"></div> <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 20px; margin-bottom: 5px;"></div> </div> <p style="text-align: center;">Listen-Nr. Lfd. Nr.</p>	

Anhang 2

Adressenermittlungsbogen in SOEP 93

Adressenermittlung

Haushalt Nr.: _____

"LEBEN IN DEUTSCHLAND" soll ergänzt werden um Haushalte bzw. Personen, die erst nach 1984 in die Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind.

Das können sein:

Aussiedler, das sind Deutsche oder deutschstämmige Personen, die aus der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien oder Ungarn nach Deutschland zurückgesiedelt sind.

Übersiedler, das sind Deutsche, die vor Mai 1990 aus der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt sind.

Sonstige Zuwanderer aus allen übrigen Ländern der Welt.

Wir möchten Sie bitten zu überlegen, ob Sie in Ihrem Verwandten-, Freundes- oder Bekanntenkreis Zuwanderer aus diesen drei Gruppen kennen, die nach 1984 in die Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind und jetzt hier in einem Privathaushalt leben.

Bitte Zutreffendes ankreuzen:

- Dem Haushalt sind keine Zuwanderer bekannt ()
- Der Haushalt will keine Information zu diesem Thema geben ()
- Dem Haushalt sind Zuwanderer bekannt, aber nicht deren Name und Adresse ()
- Der Haushalt kann Name und Adresse von Zuwanderern benennen () und zwar:
**Bitte Adressen-
liste auf der
Rückseite
ausfüllen!**

Name

Datum

Unterschrift